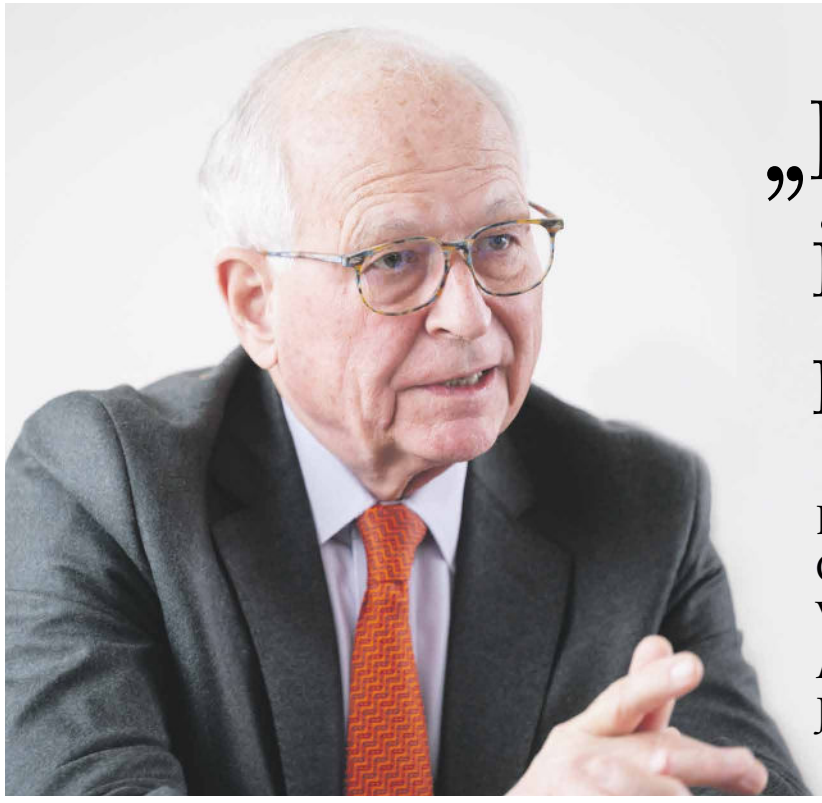
DER HAUPTSTADTBRIEF

Freitag, 30. Dezember 2022 | Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch | derhauptstadtbrief.de



„Der Krieg mitten in Europa erfordert neues Denken“

Krieg in der Ukraine, Zeitenwende in Deutschland, China und USA auf Konfrontationskurs – Wolfgang Ischinger im Gespräch mit dem *Hauptstadtbrief* über die Lage der Welt am Ende eines Jahres, das so schnell nicht vergehen wird

Foto: Christian Kruppa

Der Hauptstadtbrief: Zehn Monate Russlands Krieg gegen die Ukraine, zehn Monate Zeitenwende in Deutschland. Was hat sich seit dem 24. Februar tatsächlich gewendet?

Wolfgang Ischinger: Die Zeitenwende, die Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar ausgerufen, begründet und erläutert hat, ist kein vorübergehendes Phänomen, das jetzt zum Ende dieses Jahres ein vorhersehbares Ende hat. Ich sehe in der Zeitenwende eher sicherheitspolitisch das, was man im Gesundheitsbereich Long Covid nennt. Wir erleben ein sicherheitspolitisches und europapolitisches Long Covid mit ungewissem Ausgang, mit ungewissen Nebenwirkungen und Spätfolgen – wir wissen nicht, ob und wie Kreislauf, Kopf oder andere Organe erfasst werden. Und so erleben wir auch, dass dieses langanhaltende europa- und sicherheitspolitische Siechtum vielerlei Folgen haben wird.

Inhalt

Unamerikanische Verhältnisse 3
Warum die deutschen Parteien besser sind als ihr Ruf
Von **Ursula Münch**

Unsichere Zeiten 4
Wie Deutschland den Wandel sozial gestalten will
Von **Hubertus Heil**

Und nächstes Jahr so weiter? 6
Günter Bannas über die politischen High- und Lowlights des Jahres

Es sind nicht nur die energiepolitischen Maßnahmen, die notwendig geworden sind, es ist auch der Zusammenbruch der gesamten europäischen Sicherheitsordnung, der vor mehr als fünfzig Jahren symbolisch mit dem Kniefall Willy Brandts in Warschau 1970 begonnen hat. Ich würde da gerne an einen Punkt anknüpfen, der für mich als Außen- und Sicherheitspolitiker wichtig ist: Es ist ganz falsch, jetzt im Rückblick zu sagen, die Ostpolitik war falsch. Die Ostpolitik war richtig, denn diese Ostpolitik, die damals unter Willy Brandt und mit gutem Rat von Egon Bahr und anderen entwickelt worden ist, war ja keineswegs eine Ostpolitik, die sich nur auf die Sowjetunion kaprizierte. Es war eine Ostpolitik, deren Ursprünge in eben jener Bitte um Vergebung in Warschau zu finden sind. Und es ging um die Beziehung zu allen östlichen Nachbarn Deutschlands. Das war der richtige Ansatz. Und dieser sollte, sobald es die Umstände erlauben, wieder verfolgt werden.

HSB: Immer wieder ertönt vor allem in Deutschland nicht nur von rechts- und links außen, die Forderung nach „Diplomatie“, nach „Verhandlungen“, ist der Satz zu hören: Frieden gibt es nur mit, nicht gegen Russland. Sind das bloß leere Formeln, am ehesten noch die Forderung, die vermeintlich am Ende doch chancenlose Ukraine solle so etwas wie „aufgeben“, oder eine echte Chance, die bisher oder noch immer vernachlässigt wird?

Ischinger: Zunächst stellt sich die Frage, wann, wenn überhaupt, die Stunde der Diplomatie beginnt. Das ist in der Tat eine drängende Frage, die immer wieder gestellt wird. Die Stunde der Diplomatie fängt in einer Kriegssituation, in der sich zwei kriegführende Parteien mit Waffen gegenüberstehen und sich tatsächlich beschießen, exakt erst in dem Augenblick an, wenn beide kriegführenden Parteien zu der Erkenntnis gelangt sind, dass sie durch Fortführung ihrer militärischen Aktivitäten keinen Zentimeter an Territorium mehr gewinnen können. Erst wenn diese Einsicht, und jetzt werde ich konkret, in Moskau vorhanden ist, macht es Sinn, mit der russischen Seite in Verhandlungen einzutreten. Verhandlungen zu fordern oder vorzuschlagen, solange die Einsicht, dass militärische Mittel nicht mehr weiterführen, im Kreml nicht vorhanden ist, gerieten nur zu Show. Sie würden die europäische sicherheitspolitische Lage nicht nur für die Ukraine, sondern auch für uns, die westlichen Partner der Ukraine, eher verschlechtern als verbessern.

HSB: Daran anschließend: Ein Aspekt dieser Diplomatie oder der Forderung lautet häufiger Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Von wem abgegeben? Von wem im Ernstfall gesichert?

Ischinger: Es gibt zunächst einmal ein Sicherheitsgarantiemodell, das außerhalb unseres unmittelbaren europäischen Umfelds liegt: Das ist Israel. Und ich denke, eine Teilantwort auf die prekäre sicherheitspolitische Lage der Ukraine wird die Aufgabe sein, die Ukraine selbst so auszustatten, wie das Israel in den vergangenen Jahrzehnten vermocht hat, nämlich sich so auszustatten, dass keiner der Nachbarn Israels es wagen kann, das Land anzugreifen. Die Ukraine ist nach meinem Dafürhalten auf einem guten Weg, sich so auszustatten, sich so auszubilden, sich so

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

vorzubereiten, dass sie, wenn dieser Krieg mal zu Ende sein wird, über das kampfkräftigste, am besten ausgebildete, am besten ausgerüstete militärische Instrumentarium westlich der Russischen Föderation verfügen wird. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei ist die Frage: Wie sieht es aus mit dem Wunsch der Ukraine, ein Nato-Partner zu werden? Dieser Wunsch existiert. Der Wunsch wird vom Bündnis, von der Nato, aufschiebend behandelt, nicht positiv beantwortet. Der Grund ist vor allem, dass man unterstellt, in dem Augenblick, in dem die Ukraine der Nato beiträte, würden die russischen Sorgen eines weiteren Heranrückens amerikanischer militärischer Kraft nur noch weiter verstärkt und wir würden damit möglicherweise den Konflikt eher perpetuieren als frühzeitig beenden. Nach heutigem Stand scheint eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine absehbar nicht verwirklichbar, obwohl diese für die Ukraine natürlich die höchste Sicherheit verspräche.

Eine dritte Variante wären bilaterale Absprachen. Insbesondere, wenn ich Ukrainer wäre, würde ich sagen: Ich brauche unbedingt eine zwischenstaatliche Vereinbarung zwischen der Ukraine und den USA. Eine solche Vereinbarung könnte beinahe den gleichen sicherheitspolitischen Wert haben wie eine förmliche Nato-Mitgliedschaft. Ich sehe in diesen drei Elementen Bausteine für die sicherheitspolitische Absicherung der Ukraine nach dem Ende der aktuellen Kriegshandlungen.

HSB: Stichwort Bundeswehr, Stichwort Sondervermögen: Ist die Bundeswehr auch mit viel Geld kaum reformierbar, wurde zu lange zu viel gespart? Oder entspricht die bedingte Einsatzfähigkeit einem zumindest großkoalitionär parteiübergreifenden und von einer Mehrheit der Bevölkerung getragenen Konsens?

Ischinger: Wir erleben in der deutschen Gesellschaft und auch in den politischen Parteien ein gewaltiges Umdenken. Ich erlaube mir als Beispiel den Grünen-Politiker Toni Hofreiter zu nennen. Er ist aber nur ein Beispiel unter vielen für jemanden, der in der Öffentlichkeit eher als ein pazifistisch denkender Grüner gesehen wurde, sich jetzt aber auch aus der Sicht seiner eigenen Fraktions- und Parteikollegen zu einem Fachmann für Leopard, Marder und andere Panzer entwickelt hat. Der Krieg mitten in Europa erfordert neues Denken: Wir müssen uns mit den militärischen Gegebenheiten befassen. Ich begrüße es, dass nicht nur in den Koalitionsfraktionen, sondern auch in den Unionsparteien die Bereitschaft gewachsen ist, überhaupt wieder über militärische Themen nachzudenken.

Zur Person

Prof. Wolfgang Ischinger war von 2008 bis 2022 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC). Er ist heute Präsident des Stiftungsrats der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz. Zuvor diente Ischinger als Staatssekretär im Auswärtigen Amt sowie als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, D.C., und London.

Ich bin ja sehr viel unterwegs, halte viele Vorträge und nehme an vielen Veranstaltungen teil, und ich stelle fest, dass bei Konzepten, die für meine Generation vor 50 Jahren gang und gäbe waren und die wir auch verstanden haben, ich nenne als Beispiel das Konzept der Abschreckung, viele jüngere Deutsche denken: Ach, der redet über Krieg. Man muss längere Ausführungen machen, um dem jüngeren deutschen Publikum zu erklären: Abschreckung ist Kriegsverhinderung, ist Kriegsverhütung, ist Prävention, ist Prophylaxe – ist eben das Gegenteil von Kriegsführung. Wir müssen das ganze Vokabular, das wir glaubten nach dem Kalten Krieg vergessen zu können, wieder aufrufen und vor allen Dingen bei einer jüngeren Generation überhaupt erst mal ins Verständnis heben.

Zur Lage der Bundeswehr und zu dem Sondervermögen. Ich habe versucht, durchaus in provozierender Absicht, den Begriff der Kriegswirtschaft in die Debatte zu werfen. Das ist im Deutschen ein vergifteter Begriff, weil er an Zeiten des Faschismus, an den Zweiten Weltkrieg erinnert, Kriegswirtschaft. Die Lage ist aber so: Unsere eigene Bundeswehr und die sie versorgenden Rüstungsunternehmen sind in den vergangenen Jahrzehnten so eingerichtet worden, dass sie eine massive Neuversorgung mit Munition, mit Waffensystemen, mit Gerätschaften gar nicht mehr leisten können. Es wäre meines Erachtens daher richtig, wenn die Bundesregierung das Notwendige an Investitionen und Maßnahmen priorisieren würde und ein beschleunigtes Verfahren beim Nachschub für Munition und Waffensysteme einführte. Dort gibt es ein konkretes Problem: die sogenannte Taxonomie. Nach den Begriffen der Taxonomien, nach den Vorstellungen, die es auch innerhalb der Ampelregierung gibt, sollen Rüstungsunternehmen steuerlich und finanziell nicht mehr förderungswürdig sein. Wenn wir es ernst meinen mit der notwendigen Aufrüstung, mit der Zeitenwende, mit der vom Bundeskanzler selbst ausgerufenen Zeitenwende und ihren Notwendigkeiten, kann es nicht richtig sein, wenn wir gleichzeitig den Rüstungsunternehmen sagen: Wir beteiligen uns nicht an eurer Finanzierung, wir machen eure Finanzierung sogar noch schwieriger, wir erschweren das. Das passt nicht zusammen. Ich bin der Meinung, dass wir dort umsteuern müssen, um, ähnlich wie in Frankreich geplant, die Industrie in die Lage zu versetzen, den notwendigen Bedarf, den die Bundeswehr hat, decken – und nicht zuletzt auch, um die Ukraine wie erwartet beliefern zu können.

HSB: Wir hatten schon über die Nato im Zusammenhang mit der Ukraine gesprochen. Aber noch weitergedacht: Wozu ist das transatlantische Bündnis noch in der Lage? Droht ob der unterschiedlichen finanziellen Ausstattung und Einsatzbereitschaft und trotz vermeintlicher politischer Einigkeit früher oder später der Bruch? Oder in der klassischen Frage zusammengefasst: *Wither Nato?*

Ischinger: Wenn Sie mir diese Frage vor dem 24. Februar gestellt hätten, hätte ich eine bedenkenträgerische, eine sorgenvolle Antwort gegeben. Ich bin jetzt der Auffassung, dass die Aussichten dafür, dass die Nato nicht nur politisch, sondern auch militärisch und inhaltlich noch stärker zusammenwächst und sich gegenseitig befruchtet, gut sind, auf jeden Fall wesentlich besser als noch vor einem Jahr. Alleine das Signal, dass die Bundesregierung nach jahrelangem Hickhack und Zögern sich dazu durchgerungen hat, nun im Sinne der sogenannten nuklearen Teilhabe das teuerste, beste, schnellste und modernste Kampfflugzeug der Welt zu kaufen, die F35, ist ein auch für die ganze Nato wichtiges Signal: dass das wichtigste Land in Europa sich nicht verabschiedet vom Prinzip der nuklearen Teilhabe. Wenn Sie sich das Nato-Bündnis insgesamt ansehen: Wer hätte denn gedacht – ich hätte es noch vor Jahresfrist nicht –, dass ein seit 300 Jahren neutrales Land wie Schweden und Finnland, das noch im Zweiten Weltkrieg massiv gegen die Sowjetunion gekämpft hat und Teil des eigenen Territoriums abgeben musste, jetzt Mitglieder der Nato werden! Das ist das Gegenteil dessen, was Putin mit seinem Angriff bezweckt hat. Er erreicht tatsächlich insgesamt politisch, strategisch und militärisch offensichtlich das Gegenteil der selbstgesetzten Ziele. Und das ist wiederum gut für uns, für unsere langfristige Sicherheit und für das Nato-Bündnis insgesamt.

HSB: Seit Jahren fordern Experten, darunter prominent auch Sie, eine schlagkräftige europäische Truppe. Warum lässt sie immer noch auf sich warten, obwohl dadurch im besten Fall Etats eingespart und Fähigkeiten verbessert werden könnten?

Ischinger: Eigentlich ist das Prinzip ja ganz einfach. Wir haben konstatiert – und die Münchner Sicherheitskonferenz hat dazu schon vor sechs Jahren einen längeren Bericht vorgelegt, dem das zu entnehmen ist –, dass wir als Europäer sechsmal so viele Waffensysteme produzieren und unterhalten wie die USA. Jeder Erstklässler kann nachrechnen, dass Unterhalt, Wartung und Ausbildung für sechsmal so viele Waffensysteme wesentlich ineffizienter und pro Waffe natürlich auch sehr viel teurer sind, als wenn man sich mit sehr viel weniger Systemen befassen muss. Ergo muss die Schlussfolgerung lauten: Wir brauchen in Europa nicht drei verschiedene miteinander konkurrierende Kampfflugzeuge, wir brauchen auch nicht fünf verschiedene Panzertypen, sondern wir müssen versuchen, das zu machen,

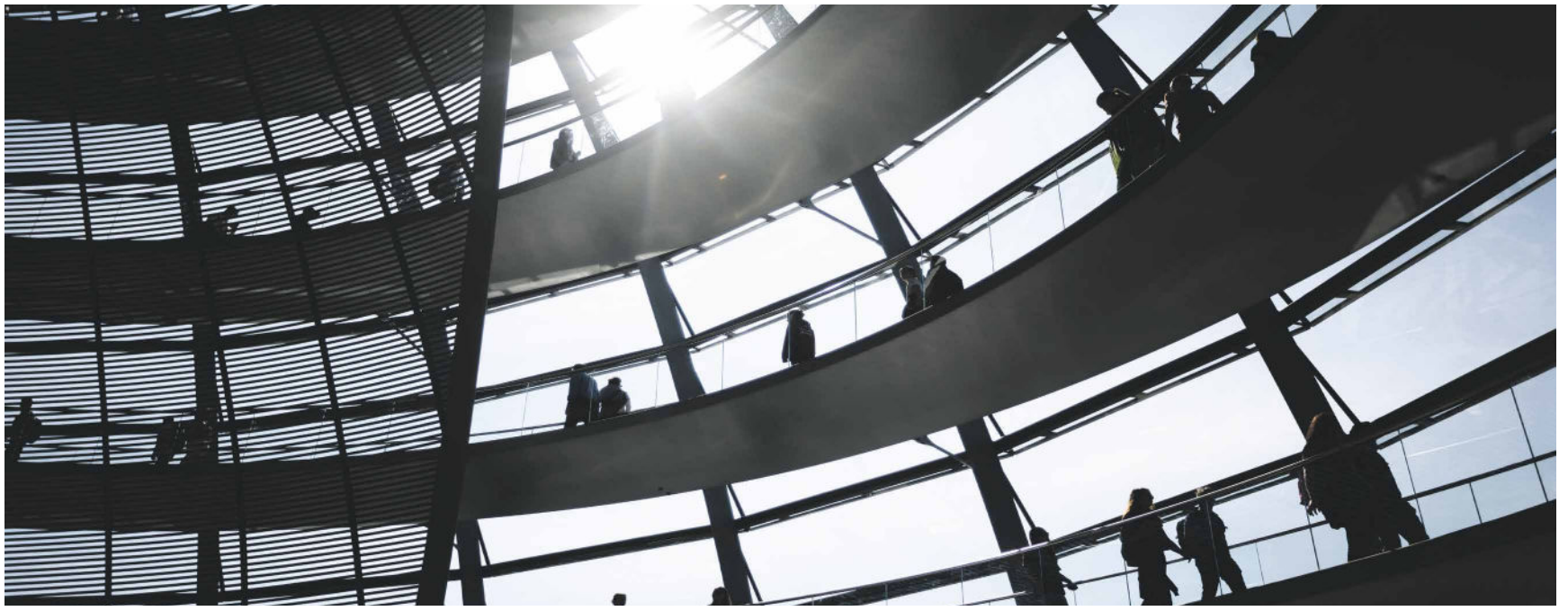
Fortsetzung auf Seite 5 ▶

WEGE ZU EINER NEUEN FRIEDENSORDNUNG

Der Krieg in der Ukraine hat die Hoffnung zerstört, Europa könne ohne bewaffnete Konflikte auskommen. Eine neue Friedensordnung muss gefunden werden. Die aktuelle Debatte wird aber von der militärischen Logik dominiert und ist moralisch aufgeladen. Dieses Buches hingegen entwirft unterschiedliche Perspektiven für eine neue Realpolitik, in der die Interessen der Ukraine berücksichtigt und zugleich die Chancen für stabile Sicherheit und Frieden ausgelotet werden.

HERDER
Lesen ist Leben

144 S. | Gebunden
€ 16,00 | ISBN 978-3-451-39524-6



Die Repräsentierten: Spaziergänge in der Kuppel des Reichstagsgebäudes

Foto: picture alliance/dpa/Christoph Soeder

Die Mitte hält

Nicht ohne euch – kleines Lob der deutschen Parteien

Von Ursula Münch

Die Begeisterung in der bundesdeutschen Bevölkerung für politische Parteien war schon in der Vergangenheit eher schwach ausgeprägt. „Parteiengezänk“ wird selbst von denen beklagt, die eigentlich wissen sollten, dass der Streit über Inhalte das Wesenselement unserer pluralistischen Demokratie ist. Ralf Dahrendorf, deutsch-britischer Soziologie und FDP-Politiker, der sowohl deutsches Mitglied der Europäischen Kommission war (1970-1974) als auch ab 1993 bis zu seinem Tod im Jahr 2009 dem britischen Oberhaus angehörte, brachte das Verkannte auf den Punkt: „Konflikt ist Freiheit, weil durch ihn allein die Vielfalt und Unvereinbarkeit menschlicher Interessen und Wünsche in einer Welt notorischer Ungewissheit angemessenen Ausdruck finden kann.“

Wen die zunehmende Unübersichtlichkeit des bundesdeutschen Parteiensystems, vor allem aber die angebliche Selbstbezogenheit der bundesdeutschen Parteien und ihres Führungspersonals stört (und das sind viele), der fragt nach, ob es nicht auch ohne Parteien ginge. Die Antwort fällt eindeutig aus: Denkbar ist vieles, aber sie abzuschaffen wäre definitiv keine gute Idee. Zum einen hebt unser Grundgesetz die Parteien gezielt durch einen eigenen Artikel (21) heraus, zum anderen erfüllen politische Parteien wichtige Funktionen für das Gemeinwesen. Neben den sichtbaren (etwa der Aufstellung von Listen für Wahlen und der Auswahl möglichst geeigneter Kandidaten) gehört dazu auch eine zwar unspektakuläre, aber bedeutsame Aufgabe. Der Streit zwischen den Parteien und auch innerhalb der Parteien wirkt – auch wenn das widersinnig anmutet – integrierend: Parteien sortieren Themen aus und ordnen ein, sie filtern, wirken als Leitplanken und üben in der öffentlichen Debatte eine mäßigende Funktion aus. Parteien beugen also unserer Überforderung vor, indem sie verhindern, dass das Weltgeschehen unvermittelt auf uns einprasselt.

Dass im Übrigen schwache Parteien nicht unbedingt mit starken oder gar selbstbestimmten Abgeordneten einhergehen, zeigt das Beispiel USA. Das dortige präsidentielle Regierungssystem unterscheidet sich vor allem dadurch von unserem sogenannten parlamentarischen, dass in den USA die Amtszeit des Präsidenten nicht vom Parlament abhängig ist: Da also die dortige Parlamentsmehrheit nicht die Möglichkeit hat, den Präsidenten aus politischen Gründen abzusetzen (ihm also das Misstrauen auszusprechen), ist ein enger Zusammenhalt der Fraktionen im Kongress außer bei Personalentscheidungen weder erforderlich noch üblich. Das war zumindest in der Vergangenheit so. Bereits vor der Präsidentschaft von Donald Trump zog in den USA jedoch schleichend und digital verstärkt das Unversöhnliche ein. Die damit verbundene Politisierung änderte an der geringen Bedeutung der amerikanischen Parteien jedoch nichts.

> **Der Streit zwischen den Parteien und auch innerhalb der Parteien wirkt – auch wenn das widersinnig anmutet – integrierend.**

An dieser Stelle setzen die bundesdeutschen Parteienskeptiker gern an und freuen sich: Offensichtlich sei es ja sehr wohl möglich, die politischen Parteien in ihre Schranken zu verweisen. Das stimmt – und zwar aufgrund des Regierungssystems. Aber die Amerikaner zahlen einen hohen Preis dafür. Es entstand nämlich kein Freiraum, in dem sich wackere und unabhängige Repräsentanten und Senatoren vor jeder Abstimmung neu über die Präferenz ihrer Wählerschaft oder gar das Gemeinwohl nachdenken, sondern das Vakuum ist seit langem besetzt: durch Verbände und Lobbygruppen. Die Abgeordneten stehen deren Einflussnahme weitgehend schutzlos gegenüber, weil sie eben keine starke Partei oder Fraktion an ihrer Seite haben, die sie abschirmen könnten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Entscheidung der Senatorin von Arizona, Kyrsten Sinema, von Anfang Dezember zu sehen, die bislang der Fraktion der Demokratischen Partei im US-Senat angehörte. Ihre Entscheidung, den Staat Arizona künftig als Parteiungebundene und nicht mehr als gelegentlich wankelmütige Demokratin zu vertreten, verhagelte den Demokraten die Freude über den Sieg bei der Stichwahl in Georgia, der ihnen eigentlich das 51. von 100 Mandaten beschert hatte. Sinema begründete ihre Entscheidung mit dem neuen scharfen Antagonismus zwischen Demokraten und Republikanern, dem sie sich entziehen wolle. Die Senatorin erinnerte mit ihrer Entscheidung daran, dass es tatsächlich auch andere Zeiten in der amerikanischen Politik gegeben hat: Noch in den 1960er-Jahren galten die USA als das Land „ohne Ideologien“. Dass sich das so massiv verändert hat, ist zunächst auf die Neuausrichtung der Demokratischen Partei in den Südstaaten während der Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre zurückzuführen. In der Folge positionierten sich die Demokraten in allen Teilen der USA in der sogenannten Rassenfrage deutlich anders als die Republikaner, nämlich liberaler. Begünstigt wurde diese Ideologisierung der USA durch die Aufkündigung der sogenannten „Fairness Doctrine“, die bis in die 1980er-Jahre für eine ausgewogene Berichterstattung der großen Fernsehanstalten gesorgt hatte. Und natürlich kann ein Name nicht fehlen, wenn zu klären ist, wie aus der früher kleinen Mulde ein so tiefer Graben zwischen den beiden Parteien entstehen konnte: Donald Trump. Seinem politischen Instinkt entging nicht, wie leicht sich seine Anhängerschaft durch die angebliche Unversöhnlichkeit der parteipolitischen Lager aufstacheln und mobilisieren lässt.

Diese Zusammenhänge erklären auch, warum sich die wenigsten amerikanischen Politiker für die großen Themen wie etwa Außenpolitik interessieren. Die Besonderheiten des amerikanischen Wahlsystems in Kombination mit der Schwäche der politischen Parteien bringen es nämlich mit sich, dass Abgeordnete beider Kammern des Kongresses von ihrer Wählerschaft sowie den allgegenwärtigen Lobbyisten vor allem am Erfolg ihres persönlichen Einsatzes für den eigenen Wahlkreis gemessen werden. Diese Kirchturmorientierung kommt bürgerfreundlich daher, tut aber weder einer Weltmacht noch ihren Verbündeten gut. Ein zusätzlicher Grund, die deutsche Skepsis gegenüber Parteien gründlich zu überdenken.

■

Prof. Dr. Ursula Münch
ist Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, lehrt an der Universität der Bundeswehr München und ist Herausgeberin des Hauptstadtbriefs.

AGENDA 2023

Zusammenhalt und Zuversicht: Deutschland steht vor der größten Transformation seit dem Wiederaufbau der Nachkriegsjahre und der Deutschen Einheit

Von Hubertus Heil

Hubertus Heil *Foto: photothek.net*

Wir blicken zurück auf ein Jahr voller Veränderungen. Der brutale russische Krieg gegen die Ukraine hat viele unserer Gewissheiten erschüttert. Es macht uns noch immer fassungslos, mit welcher Eiseskälte Putin die Menschen in der Ukraine in unvorstellbares Leid stürzt. Er zerbombt Krankenhäuser, Schulen und die Energienetze und nutzt Gas als Waffe, um ganz gezielt den sozialen Frieden in Europa zu untergraben.

Wir alle haben die Folgen in den vergangenen Wochen gespürt: durch eine historische Inflation mit steigenden Preisen im Supermarkt, an der Zapfsäule oder bei den Heizkosten. Keine Frage: Das sind Zeiten großer Verunsicherung für die Menschen in unserem Deutschland. Doch trotz all dieser Herausforderungen ist es uns gelungen, das Land zusammenzuhalten. Weil wir uns solidarisch verhalten haben und weil die Bundesregierung schnell und beherzt gehandelt hat.

Wir haben Betrieben und Beschäftigten Sicherheit gegeben mit umfangreichen Wirtschaftshilfen und mit dem Kurzarbeitergeld. Wir haben mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um den Menschen unter die Arme zu greifen – mit dem Ausbau des Wohngelds, der Erhöhung des Kindergelds, Einmalzahlungen und steuerlichen Entlastungen. Gerade für Haushalte mit geringem Einkommen war das wichtig. Wir haben zudem 200 Milliarden Euro in die Hand genommen, um die Gas- und Energiepreise zu stabilisieren und dadurch Haushalte und Unternehmen vor hohen Kosten zu schützen.

Das alles war ein politischer und finanzieller Kraftakt. Gleichzeitig brauchen wir in diesen Tagen aber auch einen zuversichtlichen Blick auf die Dinge – trotz Krieg und Krisen. Denn Deutschland steht vor großen Umwälzungen, die wir jetzt anpacken müssen. Die Rede ist vom digitalen, demografischen und ökologischen Wandel – ein Generationenprojekt. Es wird die größte Transformation für unser Land seit dem Wiederaufbau der Nachkriegsjahre und der Deutschen Einheit. Das zeigt sich ganz besonders am Arbeitsmarkt.

Berufsbilder und Geschäftsmodelle verändern sich in rasantem Tempo. Damit die Energiewende gelingt, braucht es gut ausgebildete Arbeits- und Fachkräfte und Menschen, die sich für Ausbildungsberufe im Bereich Klimaschutz und erneuerbare Energien entscheiden. Gleichzeitig gehen die Babyboomer in den nächsten Jahren in Rente. Ihre Leistungskraft und Erfahrung werden dem Arbeitsmarkt fehlen.

All das macht deutlich: Wenn wir über Fachkräftesicherung reden, dann reden wir über Wohlstandssicherung. Gut ausgebildete Fach- und Arbeitskräfte sind die Grundlage, damit unser Land auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich und sozial stabil ist.

Die Bundesregierung bringt daher wichtige Vorhaben auf den Weg, um die Fachkräftebasis Deutschlands zu sichern – damit unser Arbeitsmarkt nicht nur krisen-, sondern auch zukunftsfest ist: Wir haben deshalb unsere Fachkräftestrategie neu justiert. Wir setzen auf Aus- und Weiterbildung, auf mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf gute und gesunde Arbeitsbedingungen und auf ergänzende Einwanderung.

Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz schaffen wir das modernste Einwanderungsrecht Europas. Mit dem Weiterbildungsgesetz stellen wir sicher, dass die Beschäftigten von heute fit sind für die Arbeitswelt von morgen. Berufliche Neu- und Umorientierung wird im Laufe eines Berufslebens in Zukunft normal sein. Auch mit dem Bürgergeld leisten wir einen Beitrag zur Arbeits- und Fachkräftesicherung – damit Menschen in gute Arbeit kommen anstatt in kurzfristige Aushilfsjobs.

> **Gleichzeitig brauchen wir in diesen Tagen aber auch einen zuversichtlichen Blick auf die Dinge – trotz Krieg und Krisen. Denn Deutschland steht vor großen Umwälzungen, die wir jetzt anpacken müssen.**

Ein robuster Arbeitsmarkt ist auch entscheidend für die Stabilität der Rente. Es ist das Kernversprechen unseres Sozialstaats, dass Menschen nach einem langen Erwerbsleben über eine auskömmliche Rente verfügen. Dieses Versprechen werden wir mit einem zweiten Rentenpaket erneuern. Wir werden die Haltelinie für das Rentenniveau langfristig verlängern. Zudem bauen wir einen Kapitalstock auf, um die künftige Beitragsentwicklung weiter abzufedern.

Zusammenhalt und Zuversicht – darauf kommt es in diesen Zeiten mehr denn je an. Damit wir auch zukünftige Krisen gut bewältigen. Damit wir die großen Zukunftsaufgaben meistern, die vor uns liegen. Damit wir für Fortschritt sorgen, der gut ist für alle.

■

Hubertus Heil *(SPD)*
ist Bundesminister für Arbeit und Soziales.

▶ *Fortsetzung von Seite 2*

was man auf Neudeutsch *Pooling* and *Sharing* nennt, also Zusammenlegen. Zusammenlegen der produzierenden Firmen, Zusammenlegen der Ausbildung, Zusammenlegen des Trainings, Zusammenlegen überhaupt der Fähigkeiten.

Es gibt dafür hervorragende Pilotprojekte, die aus meiner Sicht aber noch viel breiter angelegt werden. Zum Beispiel das seit einigen Jahren bestehende gemeinsame Transportflugprogramm, das sicherstellt, dass ein Transportflieger, der beispielsweise für die Bundeswehr irgendwas von A nach B fliegt, anschließend nicht leer nach Hause zurückfliegt, sondern beispielsweise für Belgien oder Frankreich Gegenstände von B nach A zurückfliegt. Das ist die Methode, mit der Europa effizienter, kostengünstiger und am Schluss auch militärisch schlagkräftiger agieren soll.

Das Rezept ist klar. Warum klappt es nicht? Wegen nationaler Rivalitäten und Rücksichtnahme natürlich auch auf Arbeitsplätze in der jeweiligen Rüstungsindustrie, die häufig im Raum stehen. Deshalb muss das Thema der europäischen militärpolitischen Sicherheitslücken-Konsolidierung Chefsache sein. Nur wenn Bundeskanzler, französischer Präsident und ihre Counterparts sich über diese Prinzipien einigen, wird man einen Weg finden, um sicherzustellen, dass eben nicht in Deutschland mehr Arbeitsplätze verlorengehen als in Frankreich oder umgekehrt. Es muss eine faire Methode gefunden werden. Das ist politisch nicht immer ganz leicht, ist aber der einzige Weg nach vorne. Und ich hoffe, dass die jüngst erzielte Einigung über das deutsch-französisch-spanische Luftkampfsystem der Zukunft FCAS *(Future Combat Air System)* einen positiven Weg weist.

Zum Gespräch in der Humboldt-Lounge der Dienstags-Gesellschaft am Schinkelplatz 3 in Berlin trafen sich Wolfgang Ischinger (links), Verleger Detlef Prinz (Mitte) und Lutz Lichtenberger. *Foto: Christian Kruppa*

HSB: Ist Deutschland auf der internationalen Bühne darauf aus, trotz der vielen Beschwörungen ein *Minor Player* zu bleiben? Wäre spätestens jetzt, wo sich herausstellt, dass das ökonomische Modell des wirtschaftlichen Global Players Germany nicht wie bisher fortgesetzt werden kann, dies zu ändern? Stichworte China und die Menschenrechte, protektionistische Tendenzen auch in der Biden-Regierung, die Bedrohungen und Gefahren durch den Klimawandel.

Ischinger: Zunächst einmal ist dieses ganze Bündel von Themen verknüpft durch ein wichtiges Prinzip. Deutschland hat in der Vergangenheit kein Instrumentarium gehabt – und hat es eigentlich bis zur Stunde nicht –, um strategische potenzielle oder bereits tatsächlich existierende Verwundbarkeiten (wie aktuell in der Debatte über pharmazeutische Produkte wie Fiebersaft für Kinder) zu definieren und in den Griff zu bekommen. Pharmazie ist ein Bereich, Energie ist ein zweiter. Die Bundesregierung hat über die vergangenen Jahrzehnte hinweg diese Fragen an die jeweilige Industrie de facto outgesourct. Nun stellt sich heraus, dass das keine hinreichende Sicherheit bietet und dass es notwendig ist, ein Instrumentarium bereitzuhalten, das solche strategischen Verwundbarkeiten beschreibt und bestimmte Rahmenbedingungen definiert. Beispielsweise: Deutschland soll von keinem Energielieferanten zu mehr als 20 Prozent oder 25 Prozent abhängig sein. Oder: Wir wollen von keinem Pharmazielieferanten, egal, ob das Indien oder China ist, mehr als 30 oder 35 Prozent abhängig sein. Das Stichwort lautet mithin: Diversifizierung. Das bedeutet nicht Abkopplung vom Weltmarkt, Deglobalisierung. Das wäre Gift für die deutsche Wirtschaft. Es geht um Risikostreuung. Systematisch bestritten, werden uns Unfälle wie die seit langem bekannte, aber nie angepasste, nie angefasste energiepolitische Abhängigkeit nicht mehr in dieser Form passieren können.

■

Die Fragen stellte Lutz Lichtenberger.

Eine längere Fassung des Gesprächs lesen Sie auf derhauptstadtbrief.de

UNIQUE RESIDENCES

STILVOLLES WOHNEN
AUF ZEIT IN BERLIN-MITTE

www.no3-schinkelplatz.com

№3 SCHINKELPLATZ BERLIN

Schinkelplatz 3
10177 Berlin

Buchen Sie Ihren flexiblen Aufenthalt im historischen Herzen von Berlin.

Genießen Sie Ihren Kurz- oder Langzeitaufenthalt in Berlin-Mitte mit einem unbeschreiblichen Blick auf das historische Stadtzentrum, den Berliner Dom, das Berliner Schloß und die Museumsinsel.

Die 9 kunstvoll eingerichteten Unique Residences (156m² - 335m²) im №3 Schinkleplatz sind hochwertig und mit viel Liebe zum Detail eingerichtet. Sie sind komfortable Rückzugsorte und Ausgangspunkte für Streifzüge durch das kultureiche Berliner Stadtleben.

Ihr unvergleichliches Zuhause auf Zeit.

+49 30 206 482 99

contact@no3-schinkelplatz.com
www.no3-schinkelplatz.com

Fotos: pa/Pressebildagentur ULMER; Adobe Stock/Hayati Kayhan

Jahrestage

Ein Rück- und Ausblick – Aus dem Bann*as*kreis

Was wird von 2022 in Erinnerung bleiben? Weit vor den staatsstreichartigen Plänen sogenannter „Reichsbürger“ als Erstes Russlands Überfall auf die Ukraine. Was im Reich des Diktators Wladimir Putin „Spezialoperation“ genannt wurde, hieß bei uns, in Politik und Medien, „Angriffskrieg“, ein Begriff aus dem Grundgesetz, in dem die Führung eines Angriffskrieges – samt Strafbewehrung – verfassungswidrig genannt wird, was auf merkwürdige Weise die Brutalitäten des Überfalls nach Kategorien des Rechtsstaates zu bewerten scheint.

Von Günter Bannas

Seither aber reiht sich der 24. Februar in die Reihe der Daten ein, die sich in die Erinnerung ganzer Generationen eingebrannt haben: der 17. Juni, der 1. September, der 11. September, der 9. November. Daten der Geschichte, die Deutschland und die Welt verändert haben. Von einer „Zeitenwende“ sprach Bundeskanzler Olaf Scholz – zu Recht. Der Begriff wurde 2022 das „Wort des Jahres“, was den Umstand kennzeichnet, dass auch in der deutschen Innenpolitik nichts mehr ist wie zuvor: Eine Inflation von zehn Prozent, Energieknappheit, Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, längere Laufzeiten von Kernkraftwerken. Selbst die Covid-19-Seuche mit ihren Verwerfungen rückte an die zweite Stelle öffentlicher Debatten.

Die Amtsführung Angela Merkels erscheint nun in verdunkeltem Licht. Nichts blieb von den Wir-werden-Merkel-noch-vermissen-Prognosen. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurden die Jahre eines Bundeskanzlers dermaßen schnell neu bewertet wie im Falle der Vorgängerin von Olaf Scholz. Merkel scheint es zu ahnen. In einer ganzen Serie von Interviews *(Spiegel, Stern, Zeit)* hat sie zum Jahresende versucht, sich zu erklären und zu verteidigen: ihre Politik gegenüber Russland, ihr Verhältnis zu Putin, den in ihrer Amtszeit geschwächten Zustand der Bundeswehr und die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas.

Angesichts der Umstände blieb die Ampelkoalition, das erste Bündnis aus drei konkurrierenden Parteien auf Bundesebene, vergleichsweise stabil. Dabei hatten sich SPD, Grüne und FDP neu sortieren müssen. Die Sozialdemokraten mussten ihr Verhältnis zu Russland grundlegend anders definieren. Die Grünen hatten die Folgen der in die Krise geratenen Energieversorgung zu akzeptieren. Die FDP musste die Ausnahmen von den grundgesetzlichen Begrenzungen der Staatsverschuldung verteidigen. Doch abgesehen von Ausnahmen, die die Regel bestätigten, gab es in den Ampelparteien keine Widerstände gegen den Kurs des Kanzlers und ihrer Minister, nicht einmal bei den sogenannten linken Flügeln von SPD und Grünen. Was ehedem zu Sonderparteitagen und Abspaltungen geführt hätte, wurde akzeptiert.

> **Doch abgesehen von Ausnahmen, die die Regel bestätigten, gab es in den Ampelparteien keine Widerstände gegen den Kurs des Kanzlers und ihrer Minister, nicht einmal bei den sogenannten linken Flügeln von SPD und Grünen.**

Bilder des Jahres, auf Deutschland fokussiert, gibt es auch. Die Momentaufnahme des Dieners von Robert Habeck in Katar gehört dazu. Der Minister hat sich verhalten, wie es sich gehört. Doch das Foto bleibt an ihm kleben wie Pech, und es mag sein, dass es sich – „das Netz vergisst nichts“ – dereinst als Hindernis erweist, wenn es um weitergehende Ambitionen geht, einer Kanzlerkandidatur etwa. Nancy Faesers Armbinden-Auftritt im Fußballstadion in Doha gehört auch dazu – als ein Symbol wirkungsloser Besserwisserei. Schon gibt es eine neue Parallelität zwischen Fußball und deutscher Politik. Das „Wunder von Bern“ 1954 galt als Zeichen des Wiederaufstiegs der jungen Bundesrepublik und das frühzeitige Ausscheiden von Hansi Flicks Mannschaft 2022 in Katar (nebst dem Mundzuhalten seiner Elf) als Kennzeichen deutscher Selbstüberschätzung, zu der, wie anzufügen ist, die Medien erheblich beigetragen haben. Olaf Scholz kam gar nicht erst in Versuchung, sich wie Emmanuel Macron auf der Tribüne neben dem Fifa-Boss blicken zu lassen. Immerhin: Der Frauenfußball wurde 2022 in Deutschland gefeiert, und zu den TV-Expertenrunden werden nun auch Expertinnen geladen.

Auch Jahrestage, an die 2023 zu erinnern ist, werden im Licht der „Zeitenwende“ erscheinen. Im März vor 70 Jahren starb Josef Stalin, der sich an der Ukraine vergangen hat. Am 17. Juni wird zum 70. Mal an den Aufstand in der DDR und dessen Niederschlagung durch sowjetische Panzer gedacht werden. Anlässe werden es sein, Bezüge zur Politik der jetzigen Führung im Kreml zu kommentieren. Was aus Putins Überfall wird, was aus Putin selbst?

Die Bundesregierung, die Koalitions- wie die Oppositionsparteien haben sich auf Ungewissheiten einzustellen, die es in früheren, nun fast als graue Vorzeiten erscheinenden Jahren zur Mitte einer Legislaturperiode nicht gab. Ehedem pflegten sie ruhig und gediegen zu sein: Die Regierung hatte sich neu eingearbeitet, die nächste Bundestagswahl stand längst nicht an. Zeitenwende auch dort?

Vier Landtagswahlen sind terminiert. Im Februar zum Abgeordnetenhaus in Berlin, als Novum eine gerichtlich angeordnete „Wiederholung“ – wegen der Unzumutbarkeiten der Wahl 2021. Im Mai dann die Wahl zur Bremer Bürgerschaft, eigentlich eine Kommunalwahl, die bloß wegen TV-Sondersendungen regelmäßig zu einer „richtigen“ Landtagswahl mutiert. Im Herbst dann Wahlen in Hessen und Bayern. Bleibt Hessen schwarz-grün? Wird Markus Söder gestärkt, und was heißt das für Friedrich Merz? Sonderlich gut sind – derzeit – die Aussichten für die SPD nicht. Doch wahrscheinlich hat Scholz wenigstens das von Merkel gelernt: CDU-Wahlniederlagen blieben an der CDU-Kanzlerin nicht kleben. Teflon als Mittel der Politik.

Sonst noch was? Abseits der „großen“ Politik ist eine Entwicklung zu registrieren, die nicht anders als die klammheimliche Abschaffung des Bargeldes zu bezeichnen ist. Banken in der Hauptstadt – auch solche mit staatlichen Bezügen – füllen ihre Geldautomaten nicht mehr auf. Derlei Geldgeschäfte werden in Supermärkten vollzogen. Was die Bankenaufsicht davon hält? Proteste, auch von Parteien, die vorgeben, es werde bei der Bargeldnutzung bleiben, sind nicht zu vernehmen. Nachzutragen bleibt das weiter um sich greifende Gendern. Jahreszeitgemäße Weihnachtsgrüße – „Ihr*e Zeitungszusteller*in“.

■

Günter Bannas
ist Kolumnist des Hauptstadtbriefs.
Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger: Detlef Prinz
Herausgegeben von: Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur: Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen: Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 • 10963 Berlin
Telefon 030/21 50 54 00

info@derhauptstadtbrief.de
www.derhauptstadtbrief.de

Redaktionsschluss 22. Dezember 2022

© Der Hauptstadtbrief 2022

Das war das Internet 2022

Postskriptum

Von Lutz Lichtenberger

Auch wer zu Twitter und Konsorten peinlich genau auf virtuellen und geistigen Sicherheitsabstand geht, dürfte mitbekommen haben, dass ein sehr reicher Elektroautohersteller namens Elon Musk nach zwischenzeitlicher *buyer's remorse*, zu Deutsch: Kaufreue, schließlich aber doch schlappe 44 Milliarden berappt hat, um den Kurznachrichtendienst zu übernehmen und als Erstes wahllos Mitarbeiter rauszuwerfen, die Presseabteilung und Prüfstellen abzuschaffen, einen Ex-Präsidenten und andere Hassprediger und Tunichtgute zur Rückkehr auf die Plattform einzuladen. Das tolldreiste Treiben hatte da gerade erst begonnen. Die Accounts von ihm nicht genehmen Journalistinnen und Journalisten wurden gesperrt, einige, aber nicht alle, nach scharfen Protesten wieder zugelassen – wofür ihm der deutsche Justizminister doch tatsächlich auch noch unterwürfigst Beifall spendete und Größe attestierte. Musk machte sich derweil billig über Transsexuelle lustig, plädierte für eine Verhaftung Anthony Faucis, dem amerikanischen Christian Drosten, und verbreitete nach dem Attentat auf den Ehemann Nancy Pelosis, einer führenden Demokratin, widerliche und menschenverachtende Lügen.

Man musste schon reichlich naiv sein, um die politische Orientierung des neuen Besitzers zu verkennen. Musk bewegt sich in der Gedankenwelt eines Donald Trump, bei dessen Staatsstreichversuch es am 6. Januar 2021, anders als bei den Reichsbürgern in Deutschland, tatsächlich Tote gab.

Warum aber haben die sogenannten sozialen Medien ihren immer giftigeren Siegeszug im sozialen Leben auch 2022 fortgesetzt? Johannes Hepp, Psychologe, Paar- und Familientherapeut und Psychoanalytiker hat ein Buch über das Phänomen geschrieben, warum so viele Menschen sich tagtäglich freiwillig in jenen sozialmedialen Hades begeben, jenseits großpolitischer Erklärungsmodelle. In „Die Psyche des Homo Digitalis. 21 Neurosen, die uns im 21. Jahrhundert herausfordern" (Kösel) deutet Hepp die manische Magie des Mediums so: „Noch nie gab es Kommunikationsformen, die designt wurden, um uns zu abhängigeren Neurotikern zu machen, und die täglich weiter perfektioniert werden: vollautomatisiertes Zuckerbrot und algorithmische Peitsche, Erleichterung und Erschwerung, Belohnung und Beschimpfung, Applaus oder Shitstorm, ausgegrenzt oder gehypt, erst himmelhoch jauchzend und dann zu Tode betrübt, vollautomatisierte Liebe und vollautomatisierter Hass."

Das sei das Werk jener Technologien der Social-Media-Großunternehmen, die psychologisch geschickte Manipulation des Verhaltens der Nutzer, das auf ein Mehr, Mehr, Mehr hinauslaufe: mehr Bildschirmzeit, Empörung, Angst und künstliche Erfolgserlebnisse bis hin zu mehr Sex ohne Menschen.

Lebensnah sind auch Hepps Handreichungen zur Entgiftung, wie er jüngst in einem Interview in der *Süddeutschen* sagte: „Mehr umarmen, weniger chatten. Mehr erkunden, weniger eintippen. Mehr Sex, weniger Pornos. Mehr reales, sinnliches Leben. Erfahrungen wagen, von denen wir nicht wissen, wie sie ausgehen oder ob sie sich rechnen."

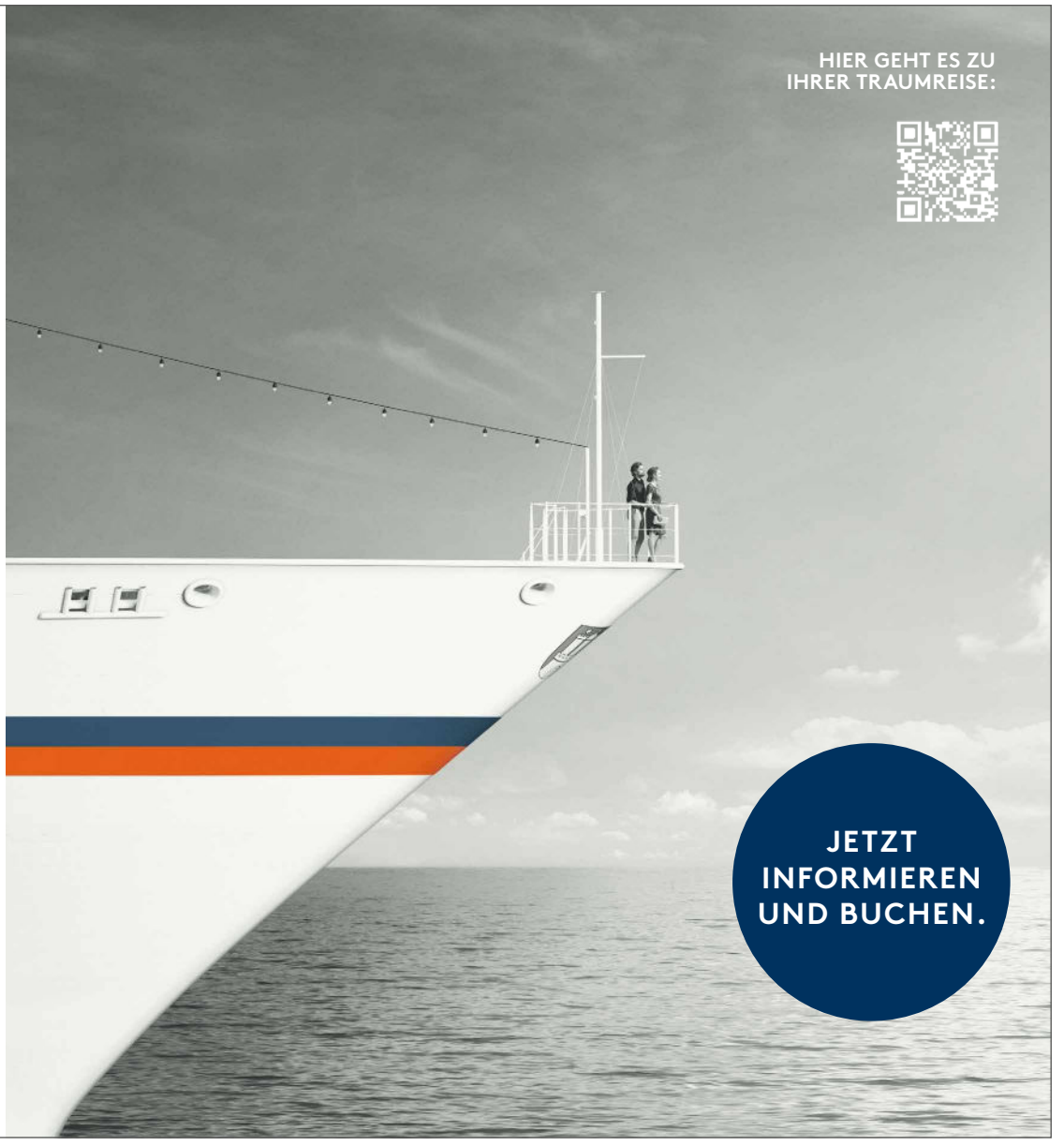
Oder, um eine Idee des großen Satirikers Max Goldt zu borgen, der einst gegen den Horror der durchkommerzialisierten, Frostschutzmittel mit Gewürz (auch Glühwein genannt) verhökernden, Sacropop plärrenden Weihnachtsmärkte den „Zauber des seitlich dran Vorbeigehens" beschwor: Im neuen Jahr das unselige elektronische Gewese einfach mal abschalten. ■

VOR UNS DIE WELT

SEIT JEHER UNSER KURS: MASSSTÄBE SETZEN.

An Bord unserer kleinen Schiffe erleben Sie Freiraum in einem noch nie dagewesenen Maß. Genießen Sie die Symbiose aus perfektem Luxus, individueller Entspannung und inspirierenden Momenten, wenn Sie den Horizont der Welt zu Ihrem machen. Folgen Sie uns auf unserem Kurs:
www.hl-cruises.de/leinen-los

HAPAG 1891 LLOYD CRUISES

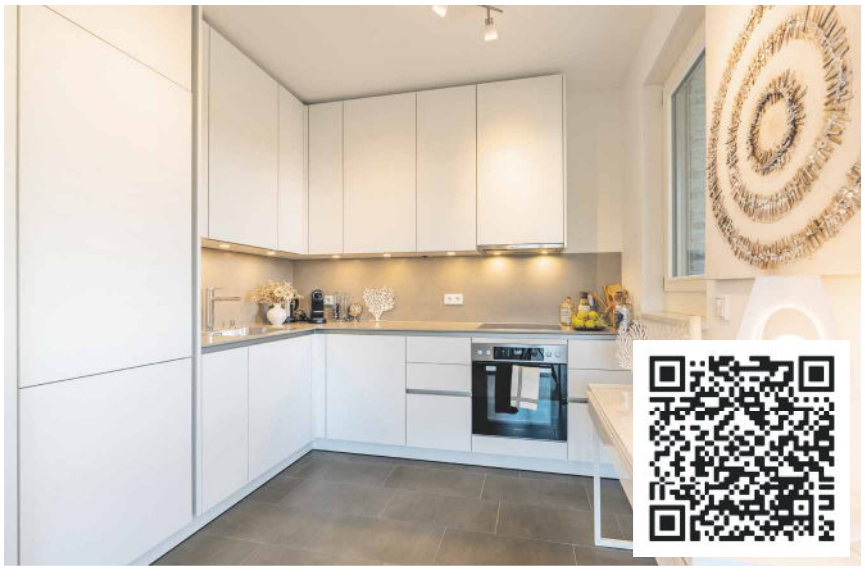


DICHTERVILLEN
IN KARLSHORST

Eigentumswohnungen für Eigennutzer oder als Kapitalanlage

INTERHOMES AG - Auf uns können Sie bauen!

- Ihr starker und sicherer Baupartner
- Über 14.000 gebaute Häuser und Wohnungen seit 1968
- Festpreis- und Fertigstellungsgarantie
- Ausgezeichnete Bonität



Hochwertige Eigentumswohnungen in Berlin-Karlshorst

- 2-4 Zimmer, 76-126 m² Wohnfläche
- Teilweise barrierefrei
- Fußbodenheizung, Naturdesignboden und hochwertige Badausstattung
- Tiefgarage mit privaten Stellplätzen
- **Weitere Infos: interhomes.de/dichtervillen**

seit 1968
INTERHOMES AG

INTERHOMES AG | Haferwende 36 A | 28357 Bremen | www.interhomes.de